

GZ: LVwG 08.1-5/2014-1

H A U S O R D N U N G

**für die Amtsgebäude des Landesverwaltungsgerichts Steiermark,
Salzamtsgasse 3 und Burggasse 11-13, 8010 Graz**

A) Allgemeines:

1. Alle Personen, die das Landesverwaltungsgericht betreten, unterliegen der nachstehenden Hausordnung. Bei Nichtbeachtung wird der Zutritt verweigert.
2. Das Hausrecht wird vom Präsidenten/von der Präsidentin des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark, in dessen Abwesenheit von der/vom Vizepräsidentin/Vizepräsidenten oder der/dem anwesenden dienstältesten RichterIn/Richter ausgeübt und bezieht sich auf den gesamten Bereich des Landesverwaltungsgerichtes.
3. Die Ausübung der Sitzungspolizei im Verhandlungssaal während einer Verhandlung obliegt der/dem jeweiligen Senatsvorsitzenden oder EinzelrichterIn/Einzelrichter.

B) Sicherheit im Gerichtsgebäude:

Zum Schutz der sich im Landesverwaltungsgericht Steiermark aufhaltenden Personen sowie zur Sicherung des Objektes wird angeordnet:

1) Verbot der Mitnahme von Waffen in das Gerichtsgebäude

1.1. Das Gerichtsgebäude darf mit einer Waffe nicht betreten werden. Als Waffe ist jeder besonders gefährliche, zur Bedrohung von Leib oder Leben geeignete Gegenstand anzusehen.

1.2. Gegenstände, denen die Eignung als Waffe zukommt, sind auch im Falle bestehender Berechtigung, sie zu führen, bei Betreten des Gebäudes dem Kontrollorgan oder dem hiezu bestimmten Gerichtsbediensteten zu übergeben. Bei Verlassen des Gebäudes werden sie gegen Vorlage der über die Hinterlegung

ausgestellten Bestätigung wieder ausgefolgt, sofern nicht der Verdacht eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des Waffengesetzes vorliegt; in diesem Fall wird Anzeige erstattet.

1.3. Von diesem Verbot ausgenommen sind zum Führen einer bestimmten Waffe befugte Kontrollorgane (Sicherheitsdienste) sowie Personen, die aufgrund ihres öffentlichen Dienstes zum Tragen bestimmter Waffen verpflichtet sind, die aufgrund eines richterlichen Auftrags eine bestimmte Waffe in das Gerichtsgebäude mitzubringen haben oder die über eine entsprechende Ausnahmegewilligung verfügen.

2) Sicherheitskontrollen

2.1. Zur Sicherstellung der Einhaltung des Verbots der Mitnahme von Waffen in Gerichtsräumlichkeiten können im gesamten Gebäude jederzeit Sicherheitskontrollen unter Verwendung technischer Hilfsmittel, wie Tor- und Handsonden, einschließlich der händischen Durchsuchung der Kleidung, durchgeführt werden. Über Verlangen sind die mitgeführten Gegenstände vorzuweisen. Den Anordnungen der mit der Kontrolle betrauten Personen (Organe der öffentlichen Sicherheit, Kontrollorgane der Sicherheitsdienste, Sicherheitsbeauftragte und Portiere) ist Folge zu leisten; die Legitimation zur Mitnahme einer Waffe (richterlicher Auftrag, Bescheid) ist ihnen unaufgefordert vorzuweisen.

2.2. Personen, die es zu Unrecht ablehnen, sich einer Sicherheitskontrolle zu unterziehen oder eine bei ihnen vorgefundene Waffe zu verwahren bzw. zu übergeben, sowie jene Personen, die eine Sicherheitskontrolle umgangen haben, werden aus dem Gerichtsgebäude – allenfalls unter Anwendung unmittelbarer Zwangsgewalt – verwiesen. Gewaltames Eindringen zieht strafrechtliche Verfolgung nach sich.

2.3. Ausgenommen in Fällen des begründeten Verdachts der unerlaubten Mitnahme einer Waffe oder des Vorliegens besonderer Umstände (erhöhte Alarmstufe) sind Richter, sonstige Bedienstete der Gerichte und Behörden sowie Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Verteidiger, Rechtsanwaltsanwärter, Notariatskandidaten und Patentanwaltsanwärter keiner Sicherheitskontrolle zu unterziehen, wenn sie sich – soweit erforderlich – mit ihrem Dienst- bzw. Berufsausweis ausweisen und erklären, keine oder nur eine Waffe bei sich zu haben, deren Mitnahme ihnen gestattet wurde. Betreten diese Personen ein Gerichtsgebäude durch einen Eingang, der mit einer Torsonde ausgestattet ist, so haben sie diese dennoch zu durchschreiten, wenn kein eigener für sie bestimmter Durchgang besteht.

3) Weitere Sicherheitsvorkehrungen

Aus besonderem Anlass können im Einzelfall folgende weitere Maßnahmen angeordnet werden:

3.1. Durchführung von Personendurchsuchungen und Gepäckskontrollen, die jederzeit und überall im Gebäude erfolgen können. Die Ausführungen zu Punkt 2) gelten sinngemäß.

3.2. Verbot des Zuganges bestimmter Personen in das Gerichtsgebäude bzw. Verfügung, dass bestimmte Personen dieses zu verlassen haben.

3.3. Beschränkung der Zutrittsberechtigung (zu Gericht oder zu bestimmten Verhandlungen) in Abhängigkeit von der Erfüllung des Erfordernisses der Ausweishinterlegung, der Feststellung des Nationales oder des Tragens eines Sichtausweises.

3.4. Verhängung eines Fotografier- und Filmverbotes sowie eines Verbotes von Video- und Tonbandaufzeichnungen, verbunden mit dem Verbot des Einbringens von Geräten hierfür.

C) Sonstige Anordnungen:

1. Die Mitnahme von Tieren, insbesondere von Hunden in das Gerichtsgebäude ist nur mit Zustimmung des Präsidenten gestattet. Ausgenommen hievon sind Blinden- oder Diensthunde.

2. Als Hauseingänge stehen bis auf weiteres ausschließlich die Zugänge in der Salzamtsgasse 3 bzw. der Burggasse 13 in der Zeit von 08:00 Uhr bis 15:00 Uhr zur Verfügung.

3. Für die Akteneinsicht steht in den Gerichtsgebäuden jeweils ein Raum nach Voranmeldung bei der zuständigen Geschäftsabteilung zur Verfügung.

D) Allgemeine Hinweise:

1. Wer wegen eines Verstoßes gegen die Hausordnung aus dem Gerichtsgebäude gewiesen worden ist und deshalb eine zur Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung erforderliche Verfahrenshandlung nicht vorgenommen hat oder einer Verpflichtung im Gericht nicht nachgekommen ist, ist grundsätzlich als unentschuldigt säumig anzusehen.
2. Es bleibt den Leitern der in den Gerichtsgebäuden untergebrachten weiteren Behörden und Dienststellen vorbehalten, im Einzelfall für ihren Wirkungsbereich zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zu veranlassen.
3. Alle im Amtsgebäude aufhältigen Personen haben den Sicherheitsanordnungen der hiezu befugten Organe unverzüglich Folge zu leisten. Verdächtige Vorkommnisse und Verstöße gegen die Hausordnung sind diesen umgehend zu melden.

Für das Landesverwaltungsgericht Steiermark
Der Präsident

Dr. Gerhard GÖDL